

Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Hessen · Teil I

1996	Ausgegeben zu Wiesbaden am 11. Juli 1996	Nr. 17
Tag	Inhalt	Seite
4. 7. 96	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Auflösung der Land- und Forstwirtschaftskammern Hessen-Nassau und Kurhessen und die Mitwirkung des Berufsstandes bei der Förderung der Landwirtschaft <i>Ändert GVBl. II 800-7</i>	302
2. 7. 96	Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) <i>Ändert GVBl. II 41-16</i>	303
19. 6. 96	Verordnung über Fanggeräte <i>GVBl. II 87-34</i>	304
3. 7. 96	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Kapazitätsermittlung, die Curricularnormwerte und die Festsetzung von Zulassungszahlen (Kapazitätsverordnung – KapVO) <i>Ändert GVBl. II 70-177</i>	305
3. 7. 96	Fünfte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die zentrale Vergabe von Studienplätzen und die Durchführung eines Feststellungsverfahrens (Vergabeverordnung ZVS) <i>Ändert GVBl. II 70-178</i>	306
3. 7. 96	Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Vergabe von Studienplätzen in zulassungsbeschränkten Studiengängen außerhalb zentraler Verfahren an den Hochschulen des Landes Hessen (Vergabeverordnung Hessen) <i>Ändert GVBl. II 70-160</i>	307
8. 7. 96	Verordnung über die Festsetzung von Zulassungszahlen an den Hochschulen des Landes Hessen im Wintersemester 1996/97 (Zulassungszahlenverordnung 1996/97) <i>GVBl. II 70-192</i>	308

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Auflösung der Land- und Forstwirtschaftskammern Hessen-Nassau und Kurhessen und die Mitwirkung des Berufsstandes bei der Förderung der Landwirtschaft*)

Vom 4. Juli 1996

Artikel 1

Das Gesetz über die Auflösung der Land- und Forstwirtschaftskammern Hessen-Nassau und Kurhessen und die Mitwirkung des Berufsstandes bei der Förderung der Landwirtschaft in der Fassung vom 26. April 1974 (GVBl. I S. 228, 360), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. November 1992 (GVBl. I S. 601, 626), wird wie folgt geändert:

1. Der Bezeichnung des Gesetzes wird als Kurzbezeichnung beigefügt:
„(Berufsstandsmitwirkungsgesetz)“.
2. Als § 6 Abs. 3 Satz 2 wird eingefügt:
„Die Wahlzeit der am 7. Oktober 1990 gewählten Ausschußmitglieder beträgt sieben Jahre.“
3. In § 9 Abs. 2 Satz 4 wird die Angabe „§ 6 Abs. 3 Satz 3“ durch die Angabe „§ 6 Abs. 3 Satz 4“ ersetzt.
4. In § 10 Abs. 1 Satz 1 wird nach dem Wort „gewählt“ folgendes angefügt:
„; die Wahlzeit der am 7. Oktober 1990 gewählten Ausschußmitglieder beträgt sieben Jahre“.
5. In § 18 wird als Satz 4 angefügt:
„§ 6 Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.“

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 4. Juli 1996

Der Hessische Ministerpräsident

Eichel

Der Hessische Minister
des Innern und für Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz

Bökel

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Gesetz
zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG)*)
Vom 2. Juli 1996**

Im Finanzausgleichsgesetz vom 16. Februar 1995 (GVBl. I S. 131), geändert durch Gesetz vom 4. März 1996 (GVBl. I S. 100), wird folgender § 27 a eingefügt:

„§ 27 a

Übergangsregelung

(1) Abweichend von § 27 Abs. 1 wird in den Finanzausgleichsjahren 1996 und 1997 jeweils ein Teilbetrag der Zuweisungen an die Träger der Baulast von Kreisstraßen in Höhe von 14 024 000 DM an die Hessische Straßen- und Verkehrsverwaltung gezahlt.

(2) Die Hessische Straßen- und Verkehrsverwaltung erbringt bis zum 30. Juni 1997 im Auftrag der Landkreise im erforderlichen Umfang die ausreichende technische Betreuung der Kreisstraßen, wobei im Unterhaltungs- und Betriebsdienst nur die im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht notwendigen Arbeiten ausgeführt werden.“

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1996 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 2. Juli 1996

Der Hessische Ministerpräsident

Eichel

Der Hessische Minister
der Finanzen

Starzacher

Verordnung über Fanggeräte*)

Vom 19. Juni 1996

Auf Grund des § 43 Nr. 6 des Hessischen Jagdgesetzes vom 12. Oktober 1994 (GVBl. I S. 606) wird verordnet:

§ 1

Totfanggeräte

Bügelangeisen mit zwei Halbrundbügeln und einer oder zwei Spannfedern (sog. „Schwanenhäse“ oder „Eiabzugseisen“) dürfen als Totfanggeräte verwendet werden, wenn sie

1. ausschließlich über einen Köderabzug ausgelöst werden,
2. im Verhältnis zur Bügelweite folgende Mindestklemmkraft in Newton (N) einhalten:
 - Bügelweite mit 37 cm Nennbügeldurchmesser (Toleranz +/- 10 %) = 150 N
 - Bügelweite mit 46 cm Nennbügeldurchmesser (Toleranz +/- 10 %) = 175 N
 - Bügelweite mit 56 cm Nennbügeldurchmesser (Toleranz +/- 10 %) = 200 N
 - Bügelweite mit 60 cm Nennbügeldurchmesser (Toleranz +/- 10 %) = 200 N
 - Bügelweite mit 70 cm Nennbügeldurchmesser (Toleranz +/- 10 %) = 300 N.

§ 2

Bauartzulassung für Totfanggeräte

(1) Der Antrag auf Bauartzulassung für Totfanggeräte muß folgende Angaben enthalten:

1. Name und Anschrift der Herstellungs- oder Importfirma sowie die Herstellungsstätte,
2. Name, Art, Typ und Beschreibung des Totfanggeräts,
3. Nachweis des Ergebnisses einer erfolgten Baumusterprüfung durch die Deutsche Versuchs- und Prüfanstalt für Jagd- und Sportwaffen e. V. (DEVA), Dune 3, 33184 Altenbeken,
4. Nachweis eines mit der DEVA vereinbarten Qualitätssicherungsverfahrens

für die Serie des geprüften Totfanggerätetyps.

(2) Totfanggeräte, die vor Inkrafttreten dieser Verordnung erworben wurden, dürfen verwendet werden, wenn die Einhaltung der technischen Voraussetzungen nach § 1 gegenüber der Hegegemeinschaft nachgewiesen ist.

§ 3

Lebendfanggeräte

(1) Die Bauartzulassung von Lebendfanggeräten ist zulässig, soweit deren Ausstattung und Verwendung gewährleisten, daß Tiere unversehrt lebend gefangen werden (§ 19 Abs. 2 Satz 1 des Hessischen Jagdgesetzes).

(2) Kasten- oder Röhrenfallen müssen für den Lebendfang von

1. Fuchs, Dachs, Waschbär, Marderhund, Sumpfbiber
130 cm Länge, 25 cm Breite und 25 cm Höhe oder 25 cm Durchmesser,
und von
2. Marder, Iltis und Wildkaninchen
100 cm Länge, 15 cm Breite und 15 cm Höhe oder 15 cm Durchmesser

aufweisen.

(3) Wipfbrettfallen müssen für den Lebendfang von Hermelin

80 cm Länge, 10 cm Breite, 10 cm Höhe (vorn) und 15 cm Höhe (hinten)

aufweisen und

mit einer Gewichtstarierung ausgestattet sein, die den Fang kleinerer Tiere verhindert.

§ 4

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 19. Juni 1996

Der Hessische Minister des Innern
und für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz

Bökel

**Verordnung
zur Änderung der Verordnung über die Kapazitätsermittlung,
die Curricularnormwerte und die Festsetzung von Zulassungszahlen
(Kapazitätsverordnung – KapVO)*)**

Vom 3. Juli 1996

Auf Grund des § 6 Abs. 1 des Gesetzes
zum Staatsvertrag über die Vergabe von
Studienplätzen vom 18. Mai 1993 (GVBl. I
S. 159) wird verordnet:

Artikel 1

§ 9 Abs. 3 Satz 2 Buchst. c der Kapa-
zitätsverordnung vom 10. Januar 1994
(GVBl. I S. 1) erhält folgende Fassung:

„c) Der Personalbedarf für die ambulante
Krankenversorgung wird berücksich-
tigt durch einen pauschalen Abzug in
Höhe von 36 vom Hundert von der um
den Personalbedarf für stationäre
Krankenversorgung nach Buchst. b
verminderten Gesamtstellenzahl.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach
der Verkündung in Kraft. Sie gilt erstmals
für die Festsetzung von Zulassungszahlen
für das Wintersemester 1996/97.

Wiesbaden, den 3. Juli 1996

Die Hessische Ministerin
für Wissenschaft und Kunst

Dr. Hohmann-Dennhardt

**Fünfte Verordnung
zur Änderung der Verordnung über die zentrale Vergabe
von Studienplätzen und die Durchführung eines Feststellungsverfahrens
(Vergabeverordnung ZVS)***

Vom 3. Juli 1996

Auf Grund des § 6 Abs. 1 und 5 des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen vom 18. Mai 1993 (GVBl. I S. 159) wird verordnet:

Artikel 1

Die Vergabeverordnung ZVS vom 10. Januar 1994 (GVBl. I S. 14), zuletzt geändert durch Verordnung vom 27. Dezember 1995 (GVBl. 1996 I S. 2), wird wie folgt geändert:

1. § 46 Abs. 3 wird gestrichen.
2. Anlage 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Angaben „Forstwissenschaft“ und „Volkswirtschaft“ werden gestrichen.
 - b) Die Wörter „Haushalts- und Ernährungswissenschaft (Ernährungs- und Haushaltswissenschaft, Haushaltswirtschaft und Ernährungswissenschaft, Ökotrophologie)“ werden durch die Angabe „Haushalts- und Ernährungswissenschaft (Ernährungs- und Haushaltswissenschaft, Haushaltswirtschaft und Ernährungswissenschaft, Ökotrophologie)²⁾“ ersetzt.
 - c) Nach Fußnote ¹⁾ wird die Angabe „²⁾ In diesem Studiengang findet ab Wintersemester 1996/1997 ein Verteilungsverfahren statt.“ angefügt.
3. Anlage 1 a wird wie folgt geändert:
 - a) Die Wörter „unterliegen folgende Studiengänge“ werden durch die Wörter „unterliegt folgender Studiengang“ ersetzt.
 - b) Die Angabe „Informatik*)“ wird gestrichen.
 - c) Der Satz „Anmerkung: Für die mit *) gekennzeichneten Studiengänge findet ein Verteilungsverfahren statt.“ wird gestrichen.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Sie gilt erstmals für das Vergabeverfahren zum Wintersemester 1996/97.

Wiesbaden, den 3. Juli 1996

Die Hessische Ministerin
für Wissenschaft und Kunst

Dr. Hohmann-Dennhardt

**Zweite Verordnung
zur Änderung der Verordnung über die Vergabe von Studienplätzen
in zulassungsbeschränkten Studiengängen außerhalb zentraler Verfahren
an den Hochschulen des Landes Hessen
(Vergabeverordnung Hessen)***

Vom 3. Juli 1996

Auf Grund des § 6 Abs. 5 des Gesetzes
zum Staatsvertrag über die Vergabe von
Studienplätzen vom 18. Mai 1993 (GVBl. I
S. 159) wird verordnet:

Artikel 1

§ 16 der Vergabeverordnung Hessen
vom 28. Juni 1991 (GVBl. I S. 238), geän-
dert durch Verordnung vom 21. Dezem-
ber 1994 (GVBl. 1995 I S. 14), wird wie
folgt geändert:

1. In Abs. 1 Satz 1 werden die Wörter
„werden die Bewerber nach dem Grad
der Qualifikation ausgewählt“ ersetzt
durch die Wörter „gilt für die Vergabe
der Studienplätze § 6 Abs. 3 entspre-
chend“.
2. Abs. 1 Satz 2 und 3 wird Abs. 2.
3. Der bisherige Abs. 2 Satz 1 wird gestri-
chen.
4. Der bisherige Abs. 2 Satz 2 wird Abs. 3.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach
der Verkündung in Kraft. Sie gilt erstmals
für das Vergabeverfahren zum Winterse-
mester 1996/97.

Wiesbaden, den 3. Juli 1996

Die Hessische Ministerin
für Wissenschaft und Kunst

Dr. Hohmann-Dennhardt

**Verordnung
über die Festsetzung von Zulassungszahlen an den Hochschulen
des Landes Hessen im Wintersemester 1996/97
(Zulassungszahlenverordnung 1996/97)***

Vom 8. Juli 1996

Auf Grund des § 6 Abs. 3 des Gesetzes
zum Staatsvertrag über die Vergabe von
Studienplätzen vom 18. Mai 1993 (GVBl. I
S. 159) wird verordnet:

§ 1

In den nachfolgend aufgeführten Studiengängen werden zur Aufnahme von Studienanfängerinnen und Studienanfängern in das erste Fachsemester sowie zur Aufnahme in höhere Fachsemester an den Hochschulen des Landes Hessen zum Wintersemester 1996/97 folgende Zulassungszahlen festgesetzt:

**A. Studiengänge mit dem Abschluß Diplom, Magister, Promotion (als erstem Abschluß),
Staatsexamen (ohne Lehrämter) oder künstlerischer Abschlußprüfung**

Hochschule/Studiengang	Fachsemester									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1. Technische Hochschule Darmstadt										
Architektur	226	0	212	0	212	0	212	0		
Biologie	150									
Psychologie	67	0	54	0						
Wirtschaftsinformatik	100	0								
Wirtschaftsingenieurwesen/ Schwerpunkt Bauingenieurwesen	50	0	0	0	0	0	0	0		
Wirtschaftsingenieurwesen/ Schwerpunkt Elektrotechnik	90	0								
Wirtschaftsingenieurwesen/ Schwerpunkt Maschinenbau	135	0								
2. Fachhochschule Darmstadt										
Architektur mit berufs- praktischen Semestern	125	0	103	0	103	0	103	0		
Bauingenieurwesen	183									
Information und Dokumentation	63	0	63	0	53	0	53	0		
Innenarchitektur mit berufs- praktischen Semestern	61	0	48	0	48	0	48	0		
Sozialpädagogik	145	0	127	0	127	0	127			

*) GVBl. II 70-192

Hochschule/Studiengang	Fachsemester									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
7. Fachhochschule Gießen-Friedberg										
Bauingenieurwesen	80	45	80	45						
Technisches Gesundheitswesen	95	95	95	95	95	95				
Wirtschaft	120	40	120	40	120	40				
8. Gesamthochschule Kassel										
Architektur	110	0	103	0	103	0	103	0		
Biologie	70	0	70	0						
Landschaftsplanung	40	0	40	0	40	0	40	0		
Sozialwesen	330	0	330	0	330	0	330	0		
Stadtplanung	40	0	40	0	40	0	40	0		
Wirtschaftswissenschaften	330	0	330	0	330	0	330	0		
9. Philipps-Universität Marburg										
Betriebswirtschaftslehre	210									
Biologie	135	0								
Humanbiologie	38	0	38	0						
Medizin	150	150	150	150	130	130	130	130	130	130
Medizin (nur vorklinischer Studienabschnitt)	27	27	18	18						
Pädagogik	197	0	170	0	170	0	170	0		
Pharmazie	94	83	83	83	83	83	83	83		
Psychologie	117	0	102	0	102	0	102	0	102	
Rechtswissenschaft	310	110	220							
Zahnmedizin	28	26	26	26	26	26	26	26	26	26
10. Fachhochschule Wiesbaden										
Architektur	40	35	35	35	35	35	35	35		
Bauingenieurwesen	60	55	55	55	55	55	55			
Innenarchitektur	30	30	30	30	30	30				
International Business Administration	50	45	44	44	44	44	44	44		
Kommunikationsdesign	30	32	32	32	32	32	32	32		
Kommunikationsdesign für Bewerberinnen und Bewerber ohne Hochschulzugangsberechtigung nach § 35 Abs. 5 Satz 2 HHG in der Fassung vom 28. März 1995 (GVBl. I S. 294), geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 1995 (GVBl. I S. 558)	3									
Landespflege	42	0	40	0	40	0	40	0		
Medienwirtschaft	30	30	30	30	30	30	30	0		
Sozialwesen	130	0	120							
Umwelttechnik/Umweltmeßtechnik	30	0	30	0	0	0	0	0		
Wirtschaft	80	60	80	60	80	60	80	60		

B. Studiengänge mit dem Abschluß Erste Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien

Hochschule/Studiengang	Fachsemester							
	1	2	3	4	5	6	7	8
1. Technische Hochschule Darmstadt								
Biologie	38							
2. Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main								
Biologie	32							
3. Justus-Liebig-Universität Gießen								
Biologie	40							
4. Gesamthochschule Kassel								
Biologie	86							
5. Philipps-Universität Marburg								
Biologie	45							

C. Aufbau- und Ergänzungsstudiengänge

Hochschule/Studiengang	Fachsemester			4
	1	2	3	
1. Fachhochschule Frankfurt am Main				
Wirtschaftsingenieurwesen	35	0		
2. Gesamthochschule Kassel				
Supervision	33	0		

§ 2

(1) In den in § 1 aufgeführten Studiengängen werden Bewerberinnen und Bewerber

1. in das erste Fachsemester nach Maßgabe der Vorschriften der Vergabeverordnung ZVS vom 10. Januar 1994 (GVBl. I S. 14), zuletzt geändert durch Verordnung vom 3. Juli 1996 (GVBl. I S. 306), oder der Vergabeverordnung Hessen vom 28. Juni 1991 (GVBl. I S. 238), zuletzt geändert durch Verordnung vom 3. Juli 1996 (GVBl. I S. 307),
2. in höhere Fachsemester nach Maßgabe der Vorschriften der Vergabeverordnung Hessen

zugelassen und von der Hochschule aufgenommen.

(2) In den Studiengängen, die an den Hochschulen des Landes eingerichtet sind, die jedoch in § 1 nicht aufgeführt sind, bestehen keine Zulassungsbeschränkungen. Studienorganisatorische Maßnahmen, die einen Studienbeginn nur zu einem Wintersemester oder nur zu einem Sommersemester vorsehen, bleiben unberührt.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft; sie tritt am 31. März 1997 außer Kraft.

Wiesbaden, den 8. Juli 1996

Die Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst

Dr. Hohmann-Dennhardt

**Absender: A. Bernecker Verlag GmbH
Unter dem Schöneberg 1
34212 Melsungen**

Herausgeber: Hessische Staatskanzlei, Wiesbaden
Verlag: A. Bernecker Verlag GmbH,
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen,
Telefon (056 61) 731-0, Fax (056 61) 73 14 00
Druck: A. Bernecker GmbH & Co. Druckerei KG,
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen,
Telefon (056 61) 731-0, Fax (056 61) 73 12 89

Vertrieb und Abonnementverwaltung:
A. Bernecker Verlag GmbH,
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen,
Telefon (056 61) 531 26, Fax (056 61) 531 31

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement.
Bezugszeit ist das Kalenderjahr. Abbestellungen zum 31. Dezember
müssen spätestens am 15. November schriftlich beim Verlag vorlie-
gen. Fälle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung und dergleichen ent-
binden den Verlag von der Verpflichtung auf Erfüllung von Aufträ-
gen und Schadensersatzleistungen.

Bezugspreis: Der jährliche Bezugspreis beträgt 91,- DM einschl.
MwSt. und Versand. Einzelausgaben kosten bis zu einem Umfang
von 16 Seiten DM 7,-. Bei stärkeren Ausgaben erhöht sich der Preis
um 5,60 DM je zusätzlich angefangener 16 Seiten. Die Preise vorste-
hen sich inkl. MwSt. und zzgl. Porto und Verpackung.